

Me 126(2)10'690

Thomas Bernauer | Detlef Jahn | Patrick Kuhn |
Stefanie Walter

Einführung in die Politikwissenschaft

2. überarbeitete Auflage

Studienkurs
Politikwissenschaft



Nomos

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

ISBN 978-3-8252-3917-6 (UTB)

2. Auflage 2013

© Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2013. Printed in Germany. Alle Rechte, auch die des Nachdrucks von Auszügen, der fotomechanischen Wiedergabe und der Übersetzung, vorbehalten. Gedruckt auf alterungsbeständigem Papier.

Vorwort

Dieses Buch vermittelt die wichtigsten Konzepte, Methoden und Forschungsinhalte der Politikwissenschaft. Es soll Ihnen, liebe Leserinnen und Leser, dabei helfen innovative politikwissenschaftliche Fragen zu formulieren und diese in Kenntnis des gegenwärtigen Standes der politikwissenschaftlichen Forschung systematisch zu beantworten.

Die Politikwissenschaft untersucht mit wissenschaftlichen Theorien und Methoden politische Strukturen und Prozesse sowie das politische Verhalten von Individuen und Organisationen. Der Forschungsgegenstand der Politikwissenschaft lässt sich im Sinne von Strukturen und Prozessen zur Herstellung und Durchsetzung allgemein verbindlicher Entscheidungen und Regeln begreifen. Der Begriff Politik umfasst somit ein großes Spektrum von Phänomenen, wie z.B. Wahlen und Abstimmungen, Demokratisierungsprozesse, das Verhältnis zwischen Regierung und Parlament, die Europäische Integration, Kriege, die Auswirkungen der Globalisierung auf die nationale und internationale Politik, und vieles mehr. Dementsprechend vielfältig ist auch die politikwissenschaftliche Forschung.

Ansatz und Ziele dieses Buches

Dieses Buch ist konzipiert für Leserinnen und Leser, die ohne spezifische Vorkenntnisse mit dem Studium der Politikwissenschaft beginnen. Wir haben uns bemüht, dieses Buch forschungsnah und damit anspruchsvoll, gleichzeitig aber auch gut lesbar zu gestalten. Insbesondere haben wir versucht, eine enge Verbindung zwischen Theorie und realer Welt (Empirie) herzustellen. Dazu dienen vor allem zahlreiche Beispiele, die theoretische Argumente und Erklärungsmodelle mit realen politischen Phänomenen verknüpfen. Wir legen großen Wert darauf, wie theoretische Konzepte empirisch erfasst und aus der Theorie hergeleitete Zusammenhänge (Hypothesen) systematisch überprüft werden können. Dieses Lehrbuch steht somit in der Tradition der sogenannten empirisch-analytischen Politikwissenschaft. Diese hat sich im Verlauf der letzten fünfzig Jahre, insbesondere im angelsächsischen und deutschsprachigen Raum, zur dominanten Form der wissenschaftlichen Analyse politischer Phänomene entwickelt. Sie strebt eine möglichst objektive, also werturteilsfreie Beschreibung und Erklärung der politischen Wirklichkeit an.

Darüber hinaus zeichnet sich unser Buch durch einige weitere besondere Merkmale aus:

Das politische System des eigenen Staates ist Studierenden der Politikwissenschaft zu Beginn des Studiums am besten bekannt. Deshalb konzentrieren wir uns zur Veranschaulichung von Konzepten und Theorien vor allem auf die politischen Systeme der drei deutschsprachigen Länder Deutschland, Österreich und der Schweiz. Diese drei Nachbarländer weisen bedeutende kulturelle, sprachliche und wirtschaftliche Ähn-

re alt sind und seit mehr als drei Monaten ihren Wohnsitz in Deutschland haben. Gleiches gilt für deutsche Staatsbürger im EU-Ausland.

Die Europawahlen in Österreich werden ebenfalls nach dem Prinzip der Verhältniswahl durchgeführt. Im Gegensatz zur Nationalratswahl ist dabei ganz Österreich der Wahlkreis. Anders als in Deutschland können die Wähler eine Liste sowie einen bestimmten Kandidaten auf dieser Liste wählen. Mit letzterer Stimme (Vorzugsstimme) kann diese Person ihre Platzierung auf der Liste verbessern. Bei der Zuteilung der Mandate kommt eine Sperrklausel von 4 Prozent der Gesamtzahl der Stimmen zur Anwendung. Das passive Wahlrecht ist bei 18 Jahren, das aktive bei 16 Jahren festgelegt.

Die institutionelle Ausgestaltung von Wahlsystemen bildet die Grundlage für das Verhalten von politischen Akteuren. Die wesentlichen Akteure sind die Wähler und die Parteien. Auf sie werden wir uns in den nächsten beiden Abschnitten konzentrieren.

6.5 Wähler und Wahlverhalten

Wähler

In etablierten Demokratien sind alle Staatsbürger ab einem bestimmten Alter wahlberechtigt (aktives Wahlrecht). Auf lokaler oder regionaler Ebene wird der Kreis der Wahlberechtigten bisweilen ausgedehnt. Solche Erweiterungen beziehen sich meist auf ausländische Einwohner oder jüngere Personen. In Mitgliedstaaten der EU besitzen EU-Bürger seit 1992 zudem das aktive Wahlrecht bei Kommunal- und EU-Wahlen in demjenigen EU-Staat, in dem sie ihren Hauptwohnsitz haben.

Das Wahlrecht kann unter bestimmten Bedingungen aberkannt werden, z.B. wenn eine Person gravierende Straftaten begangen hat oder an einer Krankheit leidet, die eine freie Meinungsbildung nicht zulässt. In Deutschland, Österreich und der Schweiz gilt allgemein die Regel, dass Staatsbürger wahlberechtigt sind. In Deutschland und der Schweiz liegt das Mindestalter zur Teilnahme an nationalen Parlamentswahlen bei 18 Jahren, in Österreich bei 16 Jahren.

Wesentliche Veränderungen, die nach dem Zweiten Weltkrieg eingeführt wurden, betreffen die Absenkung des Wahlalters, die Ausdehnung des Wahlrechts auf Staatsbürger, die im Ausland wohnen, und die Praktizierung des Wahlrechts durch Briefwahl. Einige Staaten experimentieren gegenwärtig mit neuen Formen der Stimmabgabe wie der Online-Wahl oder der Wahl via Textnachricht vom Mobiltelefon.

Gewählt werden (passives Wahlrecht) kann in Österreich, Deutschland und der Schweiz jeder Staatsbürger (mit den gleichen Einschränkungen wie beim aktiven Wahlrecht), der mindestens 18 Jahre alt ist. Erweiterungen des passiven Wahlrechts existieren wiederum auf lokaler und regionaler Ebene. Innerhalb der EU besitzen

EU-Bürger dort, wo sie ihren Hauptwohnsitz haben, auch das passive Wahlrecht bei der Wahl des Europäischen Parlaments.

Wahlforschung und ihre Datengrundlage

Die Wahlforschung nimmt seit über 50 Jahren eine prominente Stellung in der Politikwissenschaft ein. Dies liegt u.a. daran, dass ihre Forschungsergebnisse von politischen Parteien und Politikern als „verwertbar“ betrachtet werden (Bürklin & Klein, 1998; Falter & Schoen, 2005; Pappi & Shikano, 2007). Im Zentrum der Wahlforschung steht die Frage, wie das Verhalten von Wählern systematisch erklärt werden kann.

Die wohl wichtigste Herausforderung bei der Wahlforschung liegt darin begründet, dass eine direkte Beobachtung des individuellen Wahlverhaltens nicht möglich ist, weil in Demokratien der Wähler ein Anrecht auf geheime Stimmabgabe hat. Der Forscher muss sich deshalb mit Aggregat- und Umfragedaten begnügen. Erstere fassen die Wahlergebnisse in Wahlkreisen zusammen und können mit weiteren Charakteristika der betreffenden Wahlkreise in Verbindung gebracht werden. Allerdings können Interpretationsfehler beim Rückschluss von der Aggregat- auf die Individualebene auftreten (Risiko eines sogenannten ökologischen Fehlschlusses).

Repräsentative Umfragen bei den Wahlberechtigten sowie in jüngster Zeit zunehmend auch Labor- und Umfrageexperimente liefern Daten zu persönlichen politischen Einstellungen und Wahlpräferenzen sowie anderen Variablen auf der Individualebene. Sie helfen damit ökologische Fehlschlüsse zu vermeiden. Allerdings werden in Umfragen und Experimenten meist Meinungen und Verhaltensabsichten abgefragt (z.B. „Welche Partei würden Sie wählen?“) und die Ergebnisse können durch bewusste oder unbewusste Falschaussagen der Befragten verzerrt sein. Solche Probleme können sich potenzieren, wenn Verhaltensabsichten letztlich durch Meinungen und andere subjektive Faktoren erklärt werden („attitudes on attitudes“-Problem). Die Vorteile von Umfragen und Experimenten liegen allerdings darin, dass durch sie Daten zu allen möglichen Faktoren, die für die Wahlentscheidung relevant scheinen, erhoben werden können.

Eine dritte Möglichkeit sind die in einigen Ländern (z.B. in Deutschland) erhobenen repräsentativen Wahlstatistiken. Dafür werden in zufällig ausgewählten Stimmbezirken oder Wahlkreisen auf dem Wahlzettel selbst die Altersgruppe und das Geschlecht erfragt. Dem Vorteil, dass tatsächliches Wahlverhalten (in Form des auf dem Wahlzettel einsehbaren Wahlentscheides) beobachtet werden kann, steht aber die sehr begrenzte Zahl von Variablen gegenüber, die in eine solche Datenerhebung aufgenommen werden können. Für die empirische Erklärung des Wahlverhaltens bieten solche Datenerhebungen somit eine sehr schwache Grundlage.

Drei Erklärungsmodelle

In der Wahlforschung haben sich im Wesentlichen drei Erklärungsmodelle für das Wahlverhalten etabliert: das soziologische Modell, das individual-psychologische Modell und das Modell des rationalen Wählers (Falter & Schoen, 2005: 135-325). Diese drei Modelle überschneiden und ergänzen sich in weiten Teilen.

Das soziologische Modell geht davon aus, dass das Wählerverhalten primär durch die Zugehörigkeit zu bestimmten sozialen Gruppen erklärt werden kann. Die Quintessenz dieses Modells wird häufig mit dem Zitat „A person thinks, politically, as he is, socially. Social characteristics determine political preference“ (Lazarsfeld 1949: 27 zitiert nach Bürklin & Klein, 1998: 53) umschrieben.

Damit ist allerdings kein sozialer Determinismus gemeint. Vielmehr geht die soziale Position des Wählers mit dem Umfeld einher, in dem er sich bewegt und in dem er politisch sozialisiert wird. In der klassischen Studie von Lazarsfeld et al. (1969; Original 1944; Berelson et al. 1954) wurde ein Index der politischen Prädisposition entwickelt, um dieses Umfeld zu erfassen. Weshalb aber bestimmte soziale Gruppen bestimmten Parteien zuneigen, konnte dieser Ansatz nicht erklären. Dafür lieferte erst die sogenannte Cleavage-Theorie von Lipset und Rokkan (1967) eine Grundlage. Sie besagt, dass aufgrund tiefgreifender gesellschaftlicher Konflikte bestimmte betroffene Gruppen eine Interessenskoalition mit einer Partei eingehen (siehe Abschnitt 8.2.3 in Kapitel 8). Ist eine solche Bindung (*alignment*) einmal erfolgt, stimmen die Wähler in der Folge für „ihre“ Partei. Gesellschaftliche Konflikte, die solche Parteibindungen bewirken, umfassen Konflikte zwischen Land- und Stadtbevölkerung oder Zentrum und Peripherie, Staat und Kirche, sowie zwischen Kapital und Arbeit. Typische Indikatoren im soziologischen Erklärungsmodell sind Kategorien der Sozialstruktur wie Einkommen und Vermögen, Beruf und Arbeitsverhältnis, Bildung, Konfession und Religiosität, ethnische Zugehörigkeit, Alter, Wohnortgröße und Mitgliedschaft in einer Gewerkschaft.

Das individual-psychologische Modell geht von einer individuellen Parteienidentifikation aus. Damit ist eine affektive Bindung des Individuums an eine Partei gemeint. Diese Bindung ist nicht mit formaler Parteimitgliedschaft oder beständigem Wahlverhalten gleichzusetzen. Das individual-psychologische Modell wurde ursprünglich von Campbell et al. (1954; Campbell, 1960) in Auseinandersetzung mit dem soziologischen Modell entwickelt. Durch langfristige Sozialisationsprozesse im Elternhaus, in Freundeskreisen und durch Mitgliedschaften in politischen Gruppen bilden sich Wahrnehmungen und Bewertungen politischer Ereignisse heraus, die eine Identifikation mit einer bestimmten politischen Partei wahrscheinlich machen. Die Parteienidentifikation fungiert dabei als Filter der politischen Realität und kann die Wahrnehmung anderer Faktoren, allen voran die Kandidatenorientierung und die Sachthemenorientierung, beeinflussen. Unter der Kandidatenorientierung werden meist persönliche Merkmale, aber auch Kompetenzzuschreibungen an Kandidaten verstanden. Mit Sachthemenorientierung ist die Relevanz aktueller politischer Fra-

gen gemeint. Das individual-psychologische Modell erklärt das Wählerverhalten letztlich durch diese drei Faktoren. Dabei gilt die allgemeine Parteienidentifikation als langfristige Grundausrichtung des Wählers, die jedoch durch die eher kurzfristig wirkenden Faktoren der Kandidatenbewertungen und der aktuellen Themenrelevanz (Sachthemenorientierung) durchbrochen werden kann.

In empirischen Analysen, die auf diesem Erklärungsmodell basieren, kommen meist Daten zur Parteienidentifikation, der Beliebtheit von Spitzenpolitikern, Rangfolge und parteipolitische Lösungskompetenz in Bezug auf als wichtig wahrgenommene politische Probleme sowie zur Wahlabsicht zum Einsatz.

Das soziologische und individual-psychologische Modell gehen grundsätzlich von sozialstrukturellen Erklärungsfaktoren (v.a. soziale Schicht und Gruppenzugehörigkeit) aus. Viele Forscher sind jedoch der Ansicht, dass diese Determinanten in Folge gesellschaftlicher und ökonomischer Modernisierungsprozesse an Bedeutung verloren und kurzfristiger wirkende Faktoren tendenziell an Einfluss gewonnen haben. Zu den kurzfristiger wirkenden Faktoren gehören v.a. die Kandidaten- und Sachthemenorientierung.

Hier verschwimmt bereits die Grenze zum Modell des rationalen Wählers, dem wir uns nun zuwenden. Dieses Modell wurde im Rahmen von Downs (1957) ökonomischer Theorie der Politik in Demokratien entwickelt. Die Grundprämisse besteht darin, dass sich ein Wähler für diejenige Partei bzw. Kandidaten entscheidet, von deren Politik er sich persönlich den größten Nutzen verspricht. Dieses Erklärungsmodell bezieht sich auf die gleichen Variablen wie das individual-psychologische Modell, es gewichtet und bewertet die einzelnen Elemente jedoch anders. Im Vordergrund steht die Themenwahl. Der Wähler orientiert sich primär an der Lösungskompetenz der Parteien in Bezug auf die für ihn wichtigen Themen (Issues). Dabei spielt die wahrgenommene Problemlösungskompetenz der Spitzenkandidaten eine wichtige Rolle. Bei unvollständiger Information zu dieser Kompetenz kann die Wahlentscheidung auch anhand von politischen Ideologien oder der Parteienidentifikation erfolgen. Das Modell des rationalen Wählers betrachtet die Parteienidentifikation jedoch nicht als Resultat langfristiger Sozialisationsprozesse, sondern als Hilfsmittel des Wählers zur generellen Parteibewertung bei unvollständiger Information.

Das wohl prominenteste Modell dieser Art ist das räumliche Modell der Parteienkonkurrenz (vgl. die Ausführungen zum Medianwählertheorem in Abschnitt 8.1.5 in Kapitel 8). Entlang einer Dimension, z.B. der politischen Links-Rechts-Achse, schätzt der Wähler seine Position und die Position der Parteien ein. Er entscheidet sich letztlich für diejenige Partei, die seiner eigenen Position am nächsten liegt. Ideologien bzw. politische Grundeinstellungen geben dem Wähler dabei Orientierung, falls für ihn ein ganz spezielles Thema sehr wichtig ist, er die genauen Positionen der Parteien dazu aber nicht kennt.

Mit Blick auf ihre spezifischen Stärken und Schwächen verspricht eine Kombination der drei Modelle letztlich den höchsten Erklärungsgewinn, zumal eine solche Kombination den Einfluss lang- und kurzfristig wirkender Variablen berücksichtigt. Insbesondere die langfristigen Wahldeterminanten scheinen in modernen Gesellschaften an Aussagekraft zu verlieren. Dabei ist zu fragen, ob langfristig wirkende Variablen irrelevant (*dealignment*) werden, oder ob die bisher untersuchten langfristig wirkenden Variablen durch andere Einflüsse ersetzt werden (*realignment*). Der letztere Aspekt wird durch Studien erfasst, die sozialstrukturelle Aspekte durch das Konzept von Lebensstilen ersetzen (Gluchowski, 1987; Vester et al., 2001; Bremer & Lange-Vester, 2006). Solche Studien bauen auf der Markt- und Konsumforschung auf und gehen davon aus, dass das Wahlverhalten Teil des persönlichen Lebensstils ist. Sie identifizieren Lebensstil-Typen und postulieren, dass zu einem bestimmten Lebensstil eine bestimmte Partei passt, die dann von der betroffenen Person gewählt wird. Diese Forschungsrichtung steckt allerdings noch in den Kinderschuhen.

In Abbildung 6.4 werden die drei Erklärungsmodelle in grafischer Form zusammengefasst.

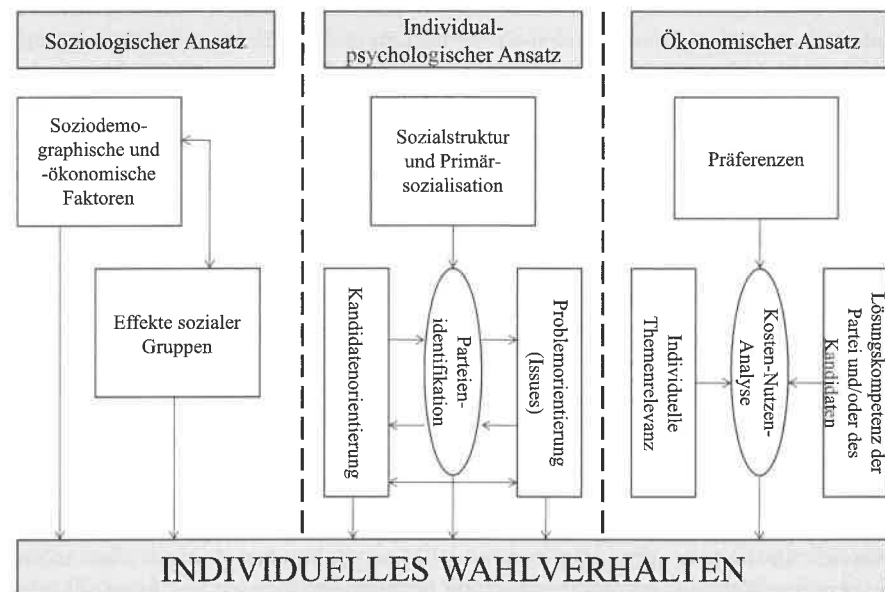


Abbildung 6.4: Drei Modelle zur Erklärung des Wahlverhaltens

Kasten 6.3 fasst die Resultate einer Studie zu den letzten Bundestagswahlen in Deutschland zusammen und illustriert damit die empirische Relevanz der hier diskutierten Erklärungsmodelle.

6.3 Wahlverhalten bei Bundestagswahlen in Deutschland

Seit 1961 werden in Deutschland anlässlich jeder Bundestagswahl systematische Studien zum Wählerverhalten durchgeführt (Schmitt-Beck, 2012). Die in diesen Studien untersuchten Determinanten des Wahlverhaltens umfassen die ganze Bandbreite von Variablen, die in den drei in diesem Kapitel behandelten Erklärungsmodellen enthalten sind.

Mit Blick auf das soziologische Modell untersucht z.B. Debus (2012), ob bei Bundestagswahlen in Westdeutschland im Zeitraum 1976-2009 der Einfluss der sozialen Gruppenzugehörigkeit und Gruppenbindung im Vergleich zu eher kurzfristig wirkenden sogenannten Einstellungsvariablen abgenommen hat. Die empirischen Ergebnisse stützen diese Hypothese nur teilweise. Zwar haben die Effekte sozioökonomischer und konfessionell-religiöser Variablen auf das Wahlverhalten im Laufe der Zeit abgenommen (siehe auch Müller und Klein (2012) und Roßteutscher (2012)), die Bedeutung von Kandidatenpräferenzen und der Wahrnehmung der Problemlösungskompetenzen der Parteien hat jedoch nicht zugenommen.

Kroh (2012) weist auf eine der Gründe für schwächer gewordene Parteibindungen hin, die im Zentrum des soziologischen Modells stehen. Für den Zeitraum 1984-2010 zeigt er, dass aufgrund gestiegener Mobilität, der Bildungsexpansion und anderer Faktoren die Übertragung von Parteipräferenzen von Eltern zu jungen Erwachsenen schwächer geworden ist. Soziale Beziehungsnetze spielen allerdings immer noch eine wichtige Rolle. Schmitt-Beck, Partheymüller und Faas (2012) legen anhand einer Studie zu den Bundestagswahlen von 2009 dar, dass der Einfluss von Interaktionspartnern der Wähler (Freunde, Bekannte, Kollegen) von den Merkmalen dieser Partner und der Beziehung zu diesen sowie den Merkmalen des jeweiligen sozialen Netzwerks abhängen. Diese Effekte lassen sich eher im Sinne eines politischen Lernens als eines sozialen Konformismus interpretieren. Diese Befunde implizieren, dass sowohl Variablen des soziologischen als auch des individual-psychologischen Modells bei der Erklärung des Wahlverhaltens berücksichtigt werden sollten.

Das individual-psychologische Modell und auch das Modell des rationalen Wählers konzentrieren sich primär auf eher kurzfristig wirkende Wahrnehmungen und Einstellungen des Bürgers zu Sachfragen (Issue voting) und Kandidaten (Persönlichkeitswahl). Die Wirksamkeit dieser Faktoren setzt allerdings voraus, dass Wähler die Politikvorschläge der Parteien wahrnehmen und verstehen. In Bezug auf das Issue voting zeigen Pappi und Brandenburg (2012), dass Politikvorschläge der großen Parteien (CDU/CSU, SPD) eher wahrgenommen werden. Thurner et al. (2012) weisen jedoch nach, dass polare Positionen, wie sie oft von Oppositions- und Kleinparteien vertreten werden, das Issue voting begünstigen.

Steinbrecher und Steiner (2012) untersuchen, wie stark das Wahlverhalten von der Wirtschaftslage beeinflusst ist. Diese kann vom Wähler als Zeichen der Sach-

kompetenz politischer Entscheidungsträger interpretiert werden. In einer Studie zu Bundestagswahlen zwischen 1977 und 2007 zeigen sie, dass ökonomisches Wählen vor allem bei Bürgern ohne Parteienidentifikation und Bürgern, die sich in der Mitte der Links-Rechts-Skala positionieren, beobachtbar ist.

Oft wird moniert, Wahlentscheidungen seien zunehmend entpolitisiert. Dies im Sinne, dass die Politik immer mehr personalisiert sei und Wähler nach unpolitischen Kandidateneigenschaften entscheiden. Eine Studie von Wagner und Wesels (2012) widerlegt diese Behauptung anhand einer Analyse der Bundestagswahlen von 1998 bis 2009. Die in diesem Kontext populäre Behauptung, Kanzlerkandidaten und ihre individuelle Popularität würden Wahlen entscheiden, lässt sich somit nicht aufrechterhalten.

Mit zunehmender Zahl der Parteien im parlamentarischen System Deutschlands ergibt sich ein interessantes Problem innerhalb des rationalen Wählermodells. Einerseits könnte die gestiegene Parteienzahl vermehrt zu strategischem Verhalten der Wähler führen. Andererseits steigt die Anzahl der möglichen Regierungskoalitionen nach den Wahlen. Letzteres erschwert die Wahlentscheidung auch für Wähler, die strategisch wählen möchten. Bytze et al. (2012) zeigen anhand von Daten zur Bundestagswahl von 2009, dass Koalitionssignale der Parteiführungen vor dem Wahltag die Wahlabsichten der Bürger beeinflussen. Sie legen dar, dass solche Signale Wähler auch in die Irre führen können. Letzteres bedeutet, dass der Wähler sich letztlich nicht für diejenige Alternative entscheidet, deren Nutzen er selbst als am besten bewertet.

Die genannten Studien zu Issue voting und ökonomischem Wählen zeigen, dass die Erklärungskraft der einzelnen Modelle des Wahlverhaltens je nach Wählersegment oder Entscheidungsstil des Wählers unterschiedlich ausfallen kann (Heterogenitätsmodell). Insgesamt machen die in diesem Kasten angesprochenen Untersuchungen deutlich, dass Kombinationen der drei Erklärungsmodelle das Wahlverhalten letztlich wohl besser erklären können als ein Modell alleine. Dies umso mehr angesichts der Tatsache, dass das Wahlverhalten in Deutschland und auch in vielen anderen Ländern in jüngerer Zeit volatiler geworden zu sein scheint. An der Bundestagswahl von 2009 nahmen lediglich 70,8 Prozent der Stimmberechtigten teil, ein Rekordtief. Auch der Anteil der Wechselwähler und der Präferenzverschiebungen seitens der Wähler während des Wahlkampfes, die Kurzfristigkeit des Wahlentscheids, der Wähleranteil der kleineren Parteien, der Anteil unterschiedlicher Parteipräferenzen bei der Erst- und Zweitstimme sowie die Anzahl der Überhangmandate erreichten Rekordwerte. Die Tatsache, dass die Wähler offenbar „wählerischer“ geworden sind und das deutsche Parteiensystem nun ein „fluides Fünfparteiensystem“ (Schmitt-Beck, 2012: 2-3) ist, stellt die Wahlforschung vor hohe theoretische und empirische Anforderungen.

Ein wichtiges Paradox im Modell des rationalen Wählers besteht darin, dass es für den Wähler eigentlich rational ist, nicht an der Wahl teilzunehmen. Die Wahrscheinlichkeit (p), dass die eigene Stimme den Wahlausgang entscheidet und der einzelne Wähler „seiner“ Partei zum Sieg verhilft (und daraus einen Nutzen (U) zieht), ist in Massendemokratien (und besonders bei Verhältniswahlssystemen) verschwindend klein. Zudem fällt der Nutzen (U) umso geringer aus, je weniger der Wähler zwischen den zur Wahl stehenden Parteien Unterschiede erkennen kann. Diesem geringen Nutzen stehen aber verhältnismäßig hohe Kosten (C) gegenüber: Der Wähler muss sich nicht nur informieren und entscheiden, sondern muss auch Zeit opfern, um das Wahllokal aufzusuchen oder sich in manchen Ländern gar vorher registrieren lassen. Letztlich sind die Kosten des Wählens wohl meist höher als der Nutzen: $p \cdot U < C$ (Fuchs & Kühnel, 1994). Die Empirie jedoch widerlegt diese Hypothese eindeutig, denn die Wahlbeteiligung ist deutlich höher als sie das rationale Wählermodell vermuten lässt. Weshalb? Offensichtlich müssen weitere Erklärungsfaktoren eingebracht werden, um das Modell des rationalen Wählers mit der Empirie in Einklang zu bringen. Beispielsweise können soziale Normen (D) in die sogenannte Nutzenfunktion integriert werden (Riker & Ordeshook, 1968). Diese bedeuten, dass der Wähler mit der Wahlteilnahme positive emotionale oder soziale Erlebnisse assoziiert, z.B. ein Gemeinschaftsgefühl, das Gefühl, eine sinnvolle Bürgerpflicht wahrgenommen zu haben, oder die Chance, seine Parteienidentifikation ausdrücken zu können. Formal ausgedrückt ändert D die Nutzenfunktion eines rationalen Wählers wie folgt: $p \cdot U + D > C$.

Solche Erweiterungen gehen allerdings weit über das ökonomische Modell des rationalen Wählers hinaus. Die sogenannte Partizipationsforschung liefert eine breite Palette von Erklärungsvariablen für die Teilnahme an Wahlen. Diese Variablen können am besten in den individual-psychologischen Ansatz integriert werden. Im Zentrum stehen die sogenannten *civic orientations*, wie das Wahlpflichtgefühl, die Parteienidentifikation, die Zufriedenheit mit oder die Wahrnehmung der Problemlösungskompetenz des politischen Systems. Diese Variablen erfassen die Verbundenheit des Wählers mit dem politischen System. Je stärker sich der Bürger mit dem politischen System verbunden fühlt, desto eher wird er an der Wahl teilnehmen. Eine weitere Variable, welche die Wahlbeteiligung begünstigt, ist ein hoher sozioökonomischer Status: Menschen mit höherer Bildung und höherem Einkommen finden einen leichteren Zugang zur Politik und beteiligen sich entsprechend häufiger an Wahlen (Schmitt-Beck, 2012).

Die Partizipationsforschung liefert auch Erklärungen für die sinkende Wahlbeteiligung in vielen etablierten Demokratien. Im Zuge der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Modernisierung nimmt die geografische und soziale Mobilität zu und das Individuum bewegt sich immer seltener in Gruppen mit homogenen politischen Einstellungen. Als Folge entwickelt das Individuum nur schwache politische Bindungen und tendiert stärker zur Wahlenthaltung. Bei Umfragen bewirkt die soziale Er-

wünschtheit allerdings häufig, dass die bei den Befragten ermittelte Wahlbeteiligung höher liegt als die in den Wahlstatistiken zu Tage tretende tatsächliche Wahlbeteiligung (Blais & Dobrzynska, 1998; Blais, 2006; Blais & Carty, 2006; Schmitt-Beck, 2012). Mit Blick auf die vorher bereits angesprochenen *civic orientations* lässt sich auch fragen, ob eine niedrige Wahlbeteiligung zwangsläufig Unzufriedenheit mit dem politischen System ausdrückt (Krisenthese), oder ob sie eher als „stille Zustimmung“ interpretiert werden sollte (Normalisierungsthese). Die empirische Forschung stützt bislang die Individualisierungs- bzw. Modernisierungshypothese stärker als die Krisen- oder Normalisierungshypothese.

6.6 Regierungsverhalten und Wahlzyklus

Die Konzepte der Kandidatenwahl und der Problemlösungskompetenz, die im Kontext des individual-psychologischen Modells des Wahlverhaltens im letzten Abschnitt angesprochen wurden, deuten darauf hin, dass das Verhalten der Politiker das Wahlverhalten der Wähler beeinflusst. Wir wechseln deshalb in diesem Abschnitt die Perspektive und betrachten das Thema Wahlen nun primär aus der Sicht des Politikers statt des Wählers. Die Politikwissenschaft hat sich diesbezüglich vor allem mit der Frage des Wahlzyklus befasst, auf den wir uns jetzt konzentrieren.

Wahlen geben den Wahlberechtigten die Möglichkeit, politische Macht auf Zeit zu vergeben. In repräsentativen Demokratien geht am Wahltag die politische Macht an die gewählte Regierung über. Zu keinem der nachfolgenden Zeitpunkte ist der Handlungsspielraum der Regierung zur Verfolgung ihrer eigenen Ziele oder solcher ihrer Klientel größer als unmittelbar nach der Wahl. Denn je näher die nächste Wahl rückt, desto stärker werden die politischen Beschränkungen und desto eher richtet die Regierung ihre Politik am Kriterium der Wiederwahl aus. Die politische Macht geht also sukzessiv wieder an die Wahlberechtigten zurück, bis diese am Wahltag selbst die Macht erneut auf Zeit vergeben.

Dieser Wahlzyklus prägt somit das Verhalten der Regierung (Franzese, 2002). Unpopuläre und umstrittene politische Entscheidungen wie etwa Reformen, welche langfristig positive, kurzfristig jedoch negative Folgen haben, werden darum häufig direkt nach Wahlen getroffen. Populäre und unumstrittene politische Entscheidungen, bei denen der Nutzen für die Wähler unmittelbar sichtbar wird, während die wenig sichtbaren Kosten erst später anfallen, werden dagegen häufig kurz vor Wahlen getroffen. Nachfolgend betrachten wir das Regierungsverhalten vor Wahlen etwas genauer. Diese Betrachtung ist notwendigerweise idealtypisch. Das reale Regierungsverhalten kann natürlich, je nach rechtlichem, politischem und wirtschaftlichem Umfeld beträchtlich variieren. Kasten 6.4 beleuchtet die theoretischen Grundlagen des sogenannten politischen Konjunkturzyklus (*political business cycle*).

Je nachdem, wie hoch eine Regierung die Chancen ihrer Wiederwahl einschätzt, wird sie sich im Vorfeld von Wahlen unterschiedlich verhalten. Ist die Regierungs-

partei überzeugt, dass sie die kommenden Wahlen gewinnen wird, wird sie eine Politik verfolgen, die ihren eigenen Vorstellungen und Zielen oder denen ihrer eigenen Klientel entspricht. So werden links der Mitte stehende Regierungsparteien eher eine gesellschaftspolitisch liberale und wirtschaftspolitisch redistributive Politik zugunsten ihrer Klientel verfolgen, während rechts der Mitte stehende Regierungsparteien einer gesellschaftspolitisch konservativeren und wirtschaftspolitisch liberaleren Politik nachgehen.

Wenn die Chancen ihrer Wiederwahl unsicher oder eher gering aussehen, kann die Regierung hingegen aktiv versuchen, ihre Popularität zu beeinflussen. Eine Möglichkeit besteht z.B. darin, Produzenten vermehrt gegenüber Konsumenten und Steuerzahlern zu bevorzugen. Die Produzenten umfassen in diesem Kontext nicht nur die Kapitaleigner, sondern auch deren Arbeitnehmer. Die Regierung kann unter Berücksichtigung der rechtlichen und finanziellen Beschränkungen gezielt eine für bestimmte Wirtschaftszweige produzentenfreundliche Politik betreiben. Besonders bevorzugt werden dabei oft langsam wachsende, einkommensschwache Bereiche mit vielen Beschäftigten. In westeuropäischen Staaten sind dies z.B. die Landwirtschaft, die Stahlindustrie, der Schiff- und der Bergbau. Die Regierung hofft dabei, dass die Beschäftigten dieser Wirtschaftssektoren die Verbesserung ihrer persönlichen Situation deutlich spüren und die Handlungen der Regierung an der Wahlurne belohnen. Die Folgen solcher Maßnahmen (z.B. Subventionen, Steuererleichterungen, öffentliche Aufträge), die beispielsweise mittel- bis längerfristig in Form von höheren Konsumentenpreisen und Steuern anfallen, belasten den einzelnen Wähler nur unmerklich, da sich diese Zusatzkosten in der Regel auf eine große Anzahl von Personen verteilen. Es lohnt sich somit für den einzelnen Konsumenten und Steuerzahler nicht, sich gegen solche staatlichen Maßnahmen zu wehren, da sein eigener Gewinn aus der Opposition sehr gering wäre. Ein kollektiver Widerstand der Konsumenten und Steuerzahler ist auch nicht zu erwarten, weil sie als heterogene und große Gruppe nicht über die dazu notwendige Organisations- und Konfliktfähigkeit verfügen (siehe hierzu Abschnitt 9.1.3 in Kapitel 9). Kollektiver Widerstand gegen opportunistische staatliche Maßnahmen kann von der Regierung auch dadurch vermieden werden, indem sie die wahren Kosten willentlich unterschätzt oder verschleiert.

Eine weitere Möglichkeit besteht in der externen Schuldzuweisung oder Aneignung von externen Leistungen. So werden wirtschaftliche Problemlagen im eigenen Land der Weltwirtschaft zugeschrieben und positive Entwicklungen auf dem eigenen Arbeitsmarkt als Resultat der Regierungspolitik dargestellt.

6.4 Politischer Konjunkturzyklus

Theoretische Modelle des politischen Konjunkturzyklus basieren auf der Annahme, dass der Wirtschaftsverlauf eine zentrale Determinante der Wiederwahlchancen der Regierung ist. Diese Annahme wird durch viele empirische Studien gestützt. „It's the economy, stupid“ war denn auch eine häufig vernehmbare